

Dieses Dokument ist lediglich eine Dokumentationsquelle, für deren Richtigkeit die Organe der Gemeinschaften keine Gewähr übernehmen

► **B**

VERORDNUNG (EG) Nr. 2488/2000 DES RATES

vom 10. November 2000

über die Aufrechterhaltung des Einfrierens von Geldern betreffend Herrn Milosevic und Personen seines Umfelds und die Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1294/1999 und (EG) Nr. 607/2000 sowie des Artikels 2 der Verordnung (EG) Nr. 926/98

(Abl. L 287 vom 14.11.2000, S. 19)

Geändert durch:

	Nr.	Amtsblatt Seite	Datum
► M1 Verordnung (EG) Nr. 1205/2001 der Kommission vom 19. Juni 2001	L 163	14	20.6.2001

Geändert durch:

► A1 Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge	L 236	33	23.9.2003
---	-------	----	-----------



VERORDNUNG (EG) Nr. 2488/2000 DES RATES

vom 10. November 2000

über die Aufrechterhaltung des Einfrierens von Geldern betreffend Herrn Milosevic und Personen seines Umfelds und die Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 1294/1999 und (EG) Nr. 607/2000 sowie des Artikels 2 der Verordnung (EG) Nr. 926/98

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf die Artikel 60 und 301,

gestützt auf den Gemeinsamen Standpunkt 2000/599/GASP des Rates vom 6. Oktober 2000 betreffend die Unterstützung für eine demokratische Bundesrepublik Jugoslawien und die sofortige Aufhebung bestimmter restriktiver Maßnahmen ⁽¹⁾ und den Gemeinsamen Standpunkt 2000/696/GASP vom 10. November 2000 zur Aufrechterhaltung von spezifischen restriktiven Maßnahmen gegen Herrn Milosevic und Personen seines Umfelds ⁽²⁾,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 15. Juni 1999 hat der Rat die Verordnung (EG) Nr. 1294/1999 über das Einfrieren von Geldern und ein Investitionsverbot betreffend die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) ⁽³⁾ aufgrund der fortdauernden Verletzung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts durch die Regierung jenes Landes angenommen.
- (2) Im Zuge der Wahlen vom 24. September 2000 wurde mit Herrn V. Kostunica ein neuer Präsident der BRJ demokratisch gewählt und offiziell in sein Amt eingeführt.
- (3) Der Rat hat am 9. Oktober 2000 einer Erklärung über die BRJ zugestimmt, wonach alle seit 1998 gegen die BRJ verhängten Sanktionen mit Ausnahme derjenigen, die den ehemaligen Präsidenten der BRJ, Herrn Slobodan Milosevic, und Personen seines Umfelds betreffen, aufzuheben sind.
- (4) Der Geltungsbereich dieses Rechtsrahmens über das Einfrieren der Auslandsguthaben der Regierungen der BRJ und der Republik Serbien sollte daher auf Herrn Milosevic und Personen seines Umfeldes beschränkt werden.
- (5) Diese Maßnahmen fallen in den Anwendungsbereich des Vertrags.
- (6) Für die Umsetzung dieser Maßnahme und zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen sind daher gemeinschaftliche Rechtsvorschriften erforderlich, soweit das Gebiet der Gemeinschaft betroffen ist. Für die Zwecke dieser Verordnung gilt als Gebiet der Gemeinschaft die Gesamtheit der Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten, auf die der Vertrag nach den Bedingungen des Vertrags Anwendung findet.
- (7) Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten sollten, soweit erforderlich, ermächtigt werden, die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.
- (8) Es ist erforderlich, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten einander über die im Rahmen dieser Verordnung ergriffenen Maßnahmen unterrichten und andere sachdienliche Informationen austauschen, die ihnen im Zusammenhang mit dieser Verordnung vorliegen, ohne dass bestehende Verpflichtungen

⁽¹⁾ ABl. L 261 vom 14.10.2000, S. 1.

⁽²⁾ Siehe Seite 1 dieses Amtsblatts.

⁽³⁾ ABl. L 153 vom 19.6.1999, S. 63. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1440/2000 der Kommission (AbI. L 161 vom 1.7.2000, S. 68).

▼B

im Zusammenhang mit bestimmten Gegenständen berührt werden.

- (9) Es ist wünschenswert, dass Sanktionen im Fall von Verstößen gegen diese Verordnung ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung verhängt werden können.
- (10) Aus Gründen der Transparenz und der Einfachheit wurden die wesentlichen Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 1294/1999 in diese Verordnung übernommen; die ehemalige Verordnung sollte daher aufgehoben werden. Aus den gleichen Gründen sollten die Verordnung (EG) Nr. 607/2000⁽¹⁾ und Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 926/98⁽²⁾ ebenfalls aufgehoben werden, sodass jene Verordnung aufgehoben werden kann.
- (11) Es sollte ein Verfahren festgelegt werden für die Änderung der Anhänge dieser Verordnung und für die Gewährung spezifischer Befreiungen zu streng humanitären Zwecken.
- (12) Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Maßnahmen sollten gemäß dem Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse⁽³⁾ erlassen werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

- (1) Alle Gelder außerhalb des Staatsgebietes der Bundesrepublik Jugoslawien, die Herrn Milosevic und in Anhang I genannten natürlichen Personen seines Umfelds gehören, werden eingefroren.
- (2) Es werden keine Gelder mehr bereitgestellt, die einer der in Absatz 1 genannten Personen direkt oder indirekt zugute kommen.
- (3) Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck
- „Gelder“ finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Vorteile jeder Art einschließlich von — aber nicht unbedingt beschränkt auf — Bargeld, Schecks, Geldforderungen, Wechsel, Geldanweisungen oder andere Zahlungsmittel, Guthaben bei Finanzinstituten oder anderen Einrichtungen, Guthaben auf Konten, Schulden und Schuldverschreibungen, öffentlich und privat gehandelte Wertpapiere und Schuldtitel einschließlich Aktien und Anteile, Wertpapierzertifikate, Obligationen, Schuldscheine, Optionscheine, Pfandbriefe, Derivate; Zinserträge, Dividenden oder andere Einkünfte oder Wertzuwächse aus Vermögenswerten; Kredite, Rechte auf Verrechnung, Bürgschaften, Vertragserfüllungsgarantien oder andere finanzielle Zusagen; Akkreditive, Konnossemente, Sicherungsübereignungen, Dokumente zur Verbriefung von Anteilen an Fondsvermögen oder anderen Finanzressourcen und jedes andere Finanzierungsinstrument für Ausfuhren;
 - „Einfrieren von Geldern“ die Verhinderung jeglicher Form von Bewegungen, Transfers, Veränderungen, Verwendung von Geldmitteln und Handel mit ihnen, die deren Volumen, Beträge, Belegenheit, Eigentum, Besitz, Eigenschaften, Zweckbestimmung verändern oder andere Veränderungen bewirken, mit denen eine Nutzung der Mittel einschließlich der Vermögensverwaltung ermöglicht wird, mit der Ausnahme, dass alle anfallenden Zinsen oder Einkünfte oder jegliche bei Fälligkeit einer Geldanlage automatisch rückzahlbaren Kapitalbeträge auf ein Konto eingezahlt und dort eingefroren werden.

⁽¹⁾ ABl. L 73 vom 22.3.2000, S. 4. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2227/2000 (AbI. L 261 vom 14.10.2000, S. 3).

⁽²⁾ ABl. L 130 vom 1.5.1998, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 23.

▼B*Artikel 2*

- (1) Die wissentliche und absichtliche Teilnahme an damit in Verbindung stehenden Maßnahmen, deren Ziel oder Folge direkt oder indirekt die Förderung der in Artikel 1 genannten Transaktionen oder Aktivitäten oder die Umgehung dieser Richtlinie ist, ist untersagt.
- (2) Alle Informationen darüber, dass die Bestimmungen dieser Verordnung umgangen werden oder wurden, sind den in Anhang II aufgeführten zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten und/oder der Kommission mitzuteilen.

Artikel 3

- (1) Unbeschadet der für die Meldung, die Vertraulichkeit und das Berufsgeheimnis geltenden Gemeinschaftsbestimmungen und der Bestimmungen nach Artikel 284 des Vertrags sind Banken, andere Finanzinstitute, Versicherungsgesellschaften und andere Stellen und Personen gehalten
- a) unverzüglich alle Informationen, die die Einhaltung dieser Verordnung erleichtern, wie Angaben über Konten und Beträge, die gemäß Artikel 1 eingefroren wurden,
- an die in Anhang II aufgeführten zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten, in denen sie wohnhaft oder ansässig sind, und
 - direkt oder über diese zuständigen Behörden an die Kommission zu übermitteln.
- b) mit den in Anhang II aufgeführten Behörden bei der Überprüfung dieser Informationen zusammenzuarbeiten.
- (2) Jede gemäß diesem Artikel gelieferte oder erhaltene Information ist nur zu dem Zweck zu verwenden, für den sie geliefert oder erhalten wurde.
- (3) Jede Information, die die Kommission direkt erhält, ist den zuständigen Behörden des betroffenen Mitgliedstaats zugänglich zu machen.

Artikel 4

- (1) Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Maßnahmen in Bezug auf die nachstehenden Sachbereiche — mit Ausnahme der in Buchstabe c) genannten - werden nach dem Verwaltungsverfahren des Artikels 5 Absatz 2 erlassen.
- (2) Die Kommission wird ermächtigt,
- a) den Anhang I zu ändern, wobei die Beschlüsse zur Durchführung des Gemeinsamen Standpunkts 2000/696/GASP zu berücksichtigen sind,
- b) ausnahmsweise Befreiungen von Artikel 1 zu streng humanitären Zwecken zu gewähren,
- c) Angaben über die in Anhang II aufgeführten zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten gelieferten Informationen zu ändern.
- (3) Anträge einer Person auf die Gewährung einer Befreiung nach Absatz 2 Buchstabe b) oder auf Änderung des Anhangs I werden über die in Anhang II aufgeführten zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten gestellt.

Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten überprüfen so umfassend wie möglich die von den Antragstellern gelieferten Informationen.

Artikel 5

- (1) Die Kommission wird von einem gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2271/96 eingesetzten Ausschuss unterstützt.
- (2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten die Artikel 4 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG.

▼B

Der Zeitraum nach Artikel 4 Absatz 3 des Beschlusses 1999/468/EG wird auf 10 Arbeitstage festgesetzt.

(3) Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 6

(1) Der Ausschuss nach Artikel 5 prüft jede Frage hinsichtlich der Anwendung dieser Verordnung, die vom Ausschussvorsitzenden oder von einem Vertreter eines Mitgliedstaats vorgelegt wird.

(2) Der Ausschuss überprüft regelmäßig die Wirksamkeit dieser Verordnung und die Kommission erstattet dem Rat auf der Grundlage dieser Prüfung regelmäßig Bericht.

Artikel 7

Die Kommission und die Mitgliedstaaten unterrichten einander über die im Rahmen dieser Verordnung ergriffenen Maßnahmen und tauschen die ihnen im Zusammenhang mit dieser Verordnung vorliegenden sachdienlichen Informationen aus, insbesondere Informationen, die sie gemäß Artikel 3 erhalten haben, und Informationen über Verstöße gegen diese Verordnung, Probleme bei der Durchsetzung oder Urteile nationaler Gerichte.

Artikel 8

Jeder Mitgliedstaat legt die Sanktionen fest, die im Fall von Verstößen gegen diese Verordnung verhängt werden. Solche Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Bis zum Erlass der gegebenenfalls hierfür erforderlichen Rechtsvorschriften werden im Fall von Verstößen gegen diese Verordnung die Sanktionen verhängt, welche die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1294/1999 festgelegt haben.

Artikel 9

Die Verordnungen (EG) Nr. 1294/99 und (EG) Nr. 607/2000 sowie Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 926/98 werden aufgehoben.

Artikel 10

Diese Verordnung gilt

- im Gebiet der Gemeinschaft einschließlich ihres Luftraums,
- an Bord jedes Flugzeugs und jedes Schiffs, das der Gerichtsbarkeit eines Mitgliedstaats unterliegt,
- für jede anderswo befindliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt,
- für jede nach dem Recht eines Mitgliedstaats gegründete Einrichtung.

Artikel 11

Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

▼ M1*ANHANG I*

Milosevic, Slobodan	Ehemaliger Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien, geboren am 20. August 1941 in Pozarevac, Republik Serbien
Gajic-Milosevic, Milica	Schwiegertochter, geboren 1970
Markovic, Mirjana	Ehefrau, geboren am 10. Juli 1942
Milosevic, Borislav	Bruder, geboren 1936
Milosevic, Marija	Tochter, geboren 1965
Milosevic, Marko	Sohn, geboren am 2. Juli 1974
Milutinovic, Milan	Präsident Serbiens, geboren am 19. Dezember 1942 in Belgrad, Republik Serbien
Ojdanic, Dragoljub	Ehemaliger Verteidigungsminister, geboren am 1. Juni 1941 in Ravni, Republik Serbien
Sainovic, Nikola	Ehemaliger Stellvertretender Ministerpräsident, geboren am 7. Dezember 1948 in Bor, Republik Serbien
Stojilkovic, Vljako	Ehemaliger Innenminister, geboren 1937 in Mala Krsna, Republik Serbien
Mrksic, Mile	Vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien unter Anklage gestellt (IT-95-13a), geboren am 20. Juli 1947 in der Nähe von Vrginmost, Kroatien
Radic, Miroslav	Vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien unter Anklage gestellt (IT-95-13a), geboren am 1. Januar 1961
Sljivancanin, Veselin	Vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien unter Anklage gestellt (IT-95-13a), geboren am 13. Juni 1953 in der Nähe von Zabljak, Republik Montenegro

▼B*ANHANG II***Liste der zuständigen Behörden gemäß Artikel 2 Absatz 2, Artikel 3 und Artikel 4**

BELGIEN

Ministère des finances
 „Trésorerie“
 Avenue des Arts 30
 B-1040 Bruxelles
 Fax (32 2) 233 75 18

▼A1

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Ministerstvo financí
 Finanční analytický útvar
 P.O. BOX 675
 Jindřišská 14
 111 21 Praha 1
 Tel.: +420 2 57044501
 Fax.: +420 2 57044502

▼B

DÄNEMARK

Erhvervsfremmestyrelsen
 Langelinie Allé 17
 DK-2100 København Ø
 Tlf. (45) 35 46 60 00
 Fax (45) 35 46 62 03

DEUTSCHLAND

Landeszentralbank in Baden-Württemberg
 Postfach 10 60 21
 D-70049 Stuttgart
 Tel. (07 11) 944-11 20/21/23
 Fax (07 11) 944-19 06

Landeszentralbank im Freistaat Bayern
 D-80291 München
 Tel. (0 89) 28 89-32 64
 Fax (0 89) 28 89-38 78

Landeszentralbank in Berlin und Brandenburg
 Postfach 11 01 60
 D-10831 Berlin
 Tel. (0 30) 34 75/11 10/15/20
 Fax (0 30) 34 75/11 90

Landeszentralbank in der Freien Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein
 Postfach 57 03 48
 D-22772 Hamburg
 Tel. (0 40) 37 07-66 00
 Fax (0 40) 37 07-66 15

Landeszentralbank in Hessen
 Postfach 11 12 32
 D-60047 Frankfurt am Main
 Tel. (0 69) 23 88-19 20
 Fax (0 69) 23 88-19 19

Landeszentralbank in der Freien Hansestadt Bremen, in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt
 Postfach 2 45
 D-30002 Hannover
 Tel. (05 11) 30 33-27 23
 Fax (05 11) 30 33-27 30

Landeszentralbank in Rheinland-Pfalz und im Saarland
 Postfach 10 11 48
 Tel. (02 11) 8 74-23 73/31 59
 Fax (02 11) 8 74-23 78

▼ B

Landeszentralbank in den Freistaaten Sachsen und Thüringen
 Postfach 90 11 21
 D-04103 Leipzig
 Tel. (03 41) 8 60-22 00
 Fax (03 41) 8 60-23 89

Bundesausfuhramt
 Referat 214
 Postfach 51 60
 D-65726 Eschborn
 Tel. (0 61 96) 9 08-0
 Fax (0 61 96) 9 08-412

▼ A1

ESTLAND

Finantsinspektsioon
 Sakala 4
 15030 Tallinn
 Tel: +372 66 80 500
 Fax: +372 66 80 501

▼ B

GRIECHENLAND

Υπουργείο Εθνικής Οικονομίας
 Γενική Γραμματεία Διεθνών Οικονομικών Σχέσεων
 Γενική Διεύθυνση Εξωτερικών Οικονομικών και Εμπορικών Σχέσεων
 Διευθυντής Β. Βουτσινάς
 Ερμού και Κορνάρου 1
 Ελλάδα-105 63 Αθήνα
 Τηλ: (301) 32 86 431-32
 Φαξ: (301) 32 86 434

(Ministry of National Economy
 Secretariat-General for International Economic Relations
 Directorate-General for External Economic and Trade Relations)
 Director V. Voutsinas
 Ermou and Cornarou 1
 GR-105 63 Athens
 Tel. (301) 32 86 431-32
 Fax (301) 32 86 434

SPANIEN

Ministerio de Economía
 Dirección General de Comercio e Inversiones
 Paseo de la Castellana, 162
 E-28046 Madrid
 Tel.: (34 91) 349 39 83
 Fax: (34 91) 349 35 62

Dirección General del Tesoro y Política Financiera
 Paseo del Prado, 6
 E-28014 Madrid
 Tel.: (34 91) 209 95 11
 Fax: (34 91) 209 96 56

FRANKREICH

Ministère de l'économie, des finances et de l'industrie
 Direction du Trésor
 Bureau E1
 139, rue du Bercy
 F-75572 Paris—
 cedex 12 SP

IRLAND

Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 3
 Central Bank of Ireland
 Financial Markets Department
 Dame Street
 Dublin 2
 Ireland
 Tel. (353 1) 671 66 66

▼ **B**

Artikel 4 Absatz 2 Department of Foreign Affairs
 Bilateral Economic Relations Section
 76-78 Hartcourt Street
 Dublin 2
 Ireland
 Tel. (353 1) 408 24 92

ITALIEN

Ministero del Commercio estero - ROMA
 Gabinetto
 Tel. (39 06) 59 93 23 10
 Fax (39 06) 59 64 74 94

▼ **A1**

ZYPERN

Υπουργείο Εξωτερικών
 Λεωφόρος Προεδρικού Μεγάρου
 1447 Λευκωσία
 Tel: +357-22-300600
 Fax: +357-22-661881

Γενικός Εισαγγελέας της Δημοκρατίας
 Οδός Απελλή Αρ. 1
 1403 Λευκωσία
 Tel: +357-22-889100
 Fax: +357-22-665080

LETTLAND

Latvijas Republikas Ārlietu ministrija
 Brīvības bulvāris
 LV 1395
 Tel: +371 7016201
 Fax: +371 7828121

LITAUEN

Lietuvos Respublikos užsienio reikalų ministerija
 J.Tumo-Vaižganto 2
 LT-2600 Vilnius
 Tel: +370 5 236 24 44
 Fax. +370 5 231 30 90

▼ **B**

LUXEMBURG

Ministère des affaires étrangères
 Direction des relations économiques internationales et de la coopération
 BP 1602
 L-1016 Luxembourg

▼ **A1**

UNGARN

Pénzügyminisztérium
 József nádor tér 2-4.
 1051 Budapest
 Tel: +36-1-327 2100
 Fax: +36-1-318 2570

MALTA

Bord ta' Sorveljanza dwar is-Sanzjonijiet
 Direttorat ta' l-Affarijiet Multilaterali
 Ministeru ta' l-Affarijiet Barranin
 Palazzo Parisio
 Triq il-Merkanti
 Valletta CMR 02
 Tel: +356 21 24 28 53
 Fax: +356 21 25 15 20

▼B

NIEDERLANDE

Ministerie van Financiën
 Directie Wetgeving, Juridische en Bestuurlijke Zaken
 Postbus 202012500 EE Den Haag
 Nederland
 Tel. (31-70) 342 82 27
 Fax (31-70) 342 79 05

ÖSTERREICH

Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
 Abteilung II/A/2
 Landstrasser Hauptstraße 55-57
 A-1030 Wien

Österreichische Nationalbank
 Otto Wagnerplatz 3
 A-1090 Wien
 Tel. (43 1) 40 420

▼A1

POLEN

Ministerstwo Spraw Zagranicznych
 Departament Prawno - Traktatowy
 Al. J. Ch. Szucha 23
 PL-00-580 Warszawa
 Tel: +48 22 523 93 48
 Fax: +48 22 523 91 29

▼B

PORTUGAL

Ministério das Finanças
 Direcção-Geral dos Assuntos Europeus e Relações Internacionais
 Avenida Infante D. Henrique, n.º 1C, 2.º
 P-1100-273 Lisboa

▼A1

SLOWENIEN

Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 3
 Banka Slovenije
 Slovenska 35
 1505 Ljubljana
 Tel.: +386 (1) 471 90 00
 Fax: +386 (1) 251 55 16
<http://www.bsi.si>

SLOWAKEI

Ministerstvo financií
 Štefanovičova 5
 817 82 Bratislava
 Tel: +421 2 5958 2201
 Fax: +421 2 5249 3531

▼B

FINNLAND

Ulkoasiainministeriö
 PL 176
 FIN-00161 Helsinki

Utrikesministeriet
 PB 176
 FIN-00161 Helsingfors

SCHWEDEN

Artikel 2 Absatz 2
 Riksåklagaren
 Box 16370
 S-103 27 Stockholm
 Tfn (46-8) 453 66 00
 Fax (46-8) 453 66 99

▼B

Artikel 3 und 4 Absatz 2
Regeringskansliet
Utrikesdepartementet
Rättssekretariatet för EU-frågor
Fredsgatan 6
S-103 39 Stockholm
Tfn (46-8) 405 10 00
Fax (46-8) 723 11 76

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Bank of England
Sanctions Emergency Unit
London EC2R 8AH
Tel. (44 207) 601 46 07
Fax (44 207) 601 43 09

HM Treasury
International Financial Services
Parliament Street
London SW1P 3AG
Tel. (44 207) 207 55 50
Fax (44 207) 207 43 65